

Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, der SPD und der CDU**Reform der Jobcenter darf nicht scheitern**

Nach dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts vom 20. Dezember 2007 müssen die „Hilfen aus einer Hand“ für Leistungsempfänger/-innen aus dem SGB II bis Ende 2010 auf rechtlich sichere Füße gestellt werden. Das Bundesministerium für Arbeit und Soziales sowie alle 16 Bundesländer haben sich auf eine Verfassungsänderung geeinigt, um die Errichtung der Mischverwaltung sowie der einzelgesetzlichen Regelungen, inklusive der Errichtung der Zentren für Arbeit und Grundsicherung, zu ermöglichen. Damit sollen eine verlässliche Betreuung der Arbeitslosen aus einer Hand und die Mitbestimmungsmöglichkeiten für die Arbeitsmarktpolitik in der Kommune gewährleistet werden. Die Bürgerschaft (Landtag) hatte bereits im Juni 2008 ihren Willen bekräftigt, dass eine Verfassungsänderung der notwendige Weg ist.

Dieser Vorschlag hat in Berlin bisher nicht die erforderliche Mehrheit gefunden, was in der Folge die getrennte Aufgabenwahrnehmung erzwingen würde. Das ist nicht im Sinn der ca. 7 Millionen Leistungsempfänger/-innen in Deutschland und ca. 100 000 in Bremen und Bremerhaven. Das ist auch angesichts der Wirtschaftskrise ein fatales Signal.

Die Bürgerschaft (Landtag) möge beschließen:

1. Die Bürgerschaft (Landtag) fordert die Fraktionen im Deutschen Bundestag auf, den Vorschlag zur Neuordnung der Durchführung des SGB II des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales sowie aller 16 Bundesländer noch in dieser Legislaturperiode umzusetzen. Die geforderte Verfassungsänderung zur Ermöglichung einer Mischverwaltung zwischen Bund und Kommune sowie die einzelgesetzlichen Regelungen zur Errichtung der Zentren für Arbeit und Grundsicherung (ZAG) sollen unverzüglich in ein Gesetzgebungsverfahren eingebracht werden.
2. Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf, die Grundgesetzänderung und die einfachgesetzlichen Regelungen über den Bundesrat in das Gesetzgebungsverfahren einzubringen.

Silvia Schön,
Dr. Matthias Güldner und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Helga Ziegert, Birgit Busch,
Dr. Carsten Sieling und Fraktion der SPD

Harry Nestler,
Thomas Röwekamp und Fraktion der CDU